

Tagesordnung

**der 10. Sitzung des Kreistages des Kreises Heinsberg
am Donnerstag, 6. April 2006, 18.00 Uhr,
im großen Sitzungssaal des Kreishauses in Heinsberg**

Öffentliche Sitzung:

1. Rettungsdienst und Katastrophenschutz;
hier: Kooperationsvereinbarung „Eumed-Ambu“ zur grenzüberschreitenden medizinischen Hilfeleistung in der Euregio Maas-Rhein
2. Vorlage der Jahresrechnung des Kreises Heinsberg für das Haushaltsjahr 2005
3. Haushaltssatzung für das Haushaltsjahr 2006 und Investitionsprogramm für die Haushaltsjahre 2005 bis 2009
4. Antrag der Kreistagsfraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN auf Beschluss einer Resolution zur Rücknahme der Kürzungen von Personalzuschüssen für Frauenhäuser durch die Landesregierung
5. Antrag der Kreistagsfraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN betr. Beteiligung des Kreises Heinsberg an der Flughafengesellschaft Mönchengladbach GmbH
- Anfrage der FDP-Kreistagsfraktion betr. Vorsorgemaßnahmen des Kreises Heinsberg gegen die Vogelgrippe

Nichtöffentliche Sitzung:

6. Mittelbare Beteiligung des Kreises Heinsberg an der Wasserlaboratorien Roetgen GmbH über die Kreiswasserwerk Heinsberg GmbH
7. Mittelbare Beteiligung des Kreises Heinsberg an der regionetz GmbH über die EWV Energie- und Wasserversorgung GmbH
8. Ernennungsvorschläge für das Jahr 2006
9. Anzeigepflicht gem. § 18 Korruptionsbekämpfungsgesetz

Erläuterungen

zur Tagesordnung der Kreistagssitzung am 06. April 2006

Öffentliche Sitzung

Tagesordnungspunkt 1:

Rettungsdienst und Katastrophenschutz;

hier: Kooperationsvereinbarung „Eumed-Ambu“ zur grenzüberschreitenden medizinischen Hilfeleistung in der Euregio Maas-Rhein

Beratungsfolge	Sitzungstermin
Kreisausschuss	30. März 2006
Kreistag	06. April 2006

In seiner Sitzung am 19. Dezember 2005 hat der Kreistag des Kreises Heinsberg den „Bedarfsplan 2005“ für den Rettungsdienst des Kreises Heinsberg beschlossen.

Der Rettungsdienstbedarfsplan des Kreises Heinsberg beschreibt im Abschnitt VIII Inhalte zur interkommunalen und grenzüberschreitenden Zusammenarbeit.

Zur Verbesserung der grenzüberschreitenden Zusammenarbeit im Rettungsdienst und in der medizinischen Katastrophenhilfe wurde in der Zeit von April 2002 bis April 2003 ein Pilotprojekt durchgeführt. Diesbezüglich wurden Grundzüge in einer öffentlich-rechtlichen Vereinbarung zwischen den Behörden festgelegt, die in der Regio Aachen und der niederländischen Veiligheidsregio Süd-Limburg für die medizinische Hilfeleistung im Notfall zuständig sind.

Durch einen regelmäßigen Erfahrungsaustausch mit den belgischen und niederländischen Partnern in verschiedenen Arbeitsgruppen hat sich trotz der unterschiedlichen Systeme eine gute Zusammenarbeit entwickelt.

Als äußeres Zeichen der guten Zusammenarbeit soll die allen Kreistagsabgeordneten mit der Einladung zur Sitzung des Kreisausschusses am 30.03.2006 zugesandte Vereinbarung in naher Zukunft von den Verantwortlichen für den Rettungsdienst und den medizinischen Katastrophenschutz der Provinz Lüttich, der GGD Süd-Limburg (NL), der Stadt Aachen sowie den Kreisen Aachen, Düren und Heinsberg unterzeichnet werden.

Wesentliche Grundlage der Vereinbarung ist der gemeinsam erarbeitete Einsatzplan „Eumed-Ambu“, der die operationellen Abläufe (z. B. Bestimmung von sog. Lotsenstellen und Sammelräumen) bei der nachbarschaftlichen rettungsdienstlichen Hilfeleistung regelt.

Der Rat der Stadt Aachen und der Kreistag des Kreises Aachen haben dem Abschluss einer entsprechenden Vereinbarung bereits zugestimmt.

Der Kreisausschuss empfiehlt dem Kreistag einstimmig, dem Abschluss der im Entwurf vorliegenden Kooperationsvereinbarung Eumed-Ambu zur grenzüberschreitenden medizinischen Hilfeleistung im Großschadensfall in der Euregio Maas-Rhein zuzustimmen.

Erläuterungen

zur Tagesordnung der Kreistagssitzung am 06. April 2006

Tagesordnungspunkt 2:

Vorlage der Jahresrechnung des Kreises Heinsberg für das Haushaltsjahr 2005

Beratungsfolge	Sitzungstermin
Finanzausschuss	22. März 2006
Kreisausschuss	30. März 2006
Kreistag	06. April 2006
Rechnungsprüfungsausschuss	28. August 2006
Rechnungsprüfungsausschuss	20. November 2006
Kreisausschuss	07. Dezember 2006
Kreistag	14. Dezember 2006

Die Jahresrechnung des Kreises Heinsberg für das Haushaltsjahr 2005 schließt mit den aus der Anlage ersichtlichen Beträgen ab.

Die Jahresrechnung ist zunächst dem Kreistag zuzuleiten. Der Beschluss über die Jahresrechnung erfolgt zu einem späteren Zeitpunkt, nachdem der Rechnungsprüfungsausschuss seine Prüfung abgeschlossen hat.

Im Zusammenhang mit den Jahresabschlussarbeiten hat sich die Notwendigkeit zu einer weiteren Haushaltsüberschreitung bei der Haushaltsstelle 482.78300 (Leistungen für Unterkunft und Heizung an Arbeitssuchende) in Höhe von 612.076,53 € ergeben. Die Finanzierung der Mehrausgabe war durch die Vereinnahmung der Mittel aus der Wohngeldentlastung des Landes im Verwaltungshaushalt nach Fortfall der investiven Bindung dieser Mittel gewährleistet. Da diese Haushaltsüberschreitung in der Liste der Haushaltsüberschreitungen 2005, die dem Kreistag bereits am 21.02.2006 zur Kenntnisnahme vorgelegt wurde, nicht enthalten war, ist sie dem Kreistag noch zur Kenntnis zu bringen.

Entsprechend dem Vorschlag des Finanzausschusses empfiehlt der Kreisausschuss dem Kreistag einstimmig,

- a) die Jahresrechnung 2005 dem Rechnungsprüfungsausschuss zur Prüfung zuzuleiten und
- b) die Haushaltsüberschreitung von 612.076,53 € bei Haushaltsstelle 482.78300 (Leistungen für Unterkunft und Heizung an Arbeitssuchende) zur Kenntnis zu nehmen.

Feststellung des Ergebnisses des Haushaltsjahres 2005

Lfd. Nr.	Bezeichnung	Verwaltungs- haushalt in EURO	Vermögens- haushalt in EURO	Gesamt- haushalt in EURO
1	2	3	4	5
1	Soll-Einnahmen	216.616.022,21	9.317.446,36	225.933.468,57
2	+ Neue Haushaltseinnahmereste	0,00	4.000.000,00	4.000.000,00
3	./. Abgang alter Haushaltseinnahmereste	0,00	0,00	0,00
4	./. Abgang alter Kasseneinnahmereste	295.683,78	0,00	295.683,78
5	Summe bereinigte Soll-Einnahmen	216.320.338,43	13.317.446,36	229.637.784,79
6	Soll-Ausgaben	214.516.108,39	9.020.466,29	223.536.574,68
7	+ Neue Haushaltsausgabereste	2.340.425,08	4.492.967,48	6.833.392,56
8	./. Abgang alter Haushaltsausgabereste	536.195,04	195.987,41	732.182,45
9	./. Abgang alter Kassenausgabereste	0,00	0,00	0,00
10	Summe bereinigte Soll-Ausgaben	216.320.338,43	13.317.446,36	229.637.784,79
11	Fehlbetrag / Sollüberschuss	0,00	0,00	0,00
	Nachrichtlich: In den Sollausgaben sind enthalten	Mehr/Weniger	Haushaltsansatz	Anordnungssoll
	Überschuss nach § 41 Abs. 3 Satz 2 GemHVO	0,00	0,00	0,00
	Zuführung zum Vermögenshaushalt HHSt. 912.3000	589.205,00	2.859.000,00	3.448.205,00

Erläuterungen

zur Tagesordnung der Kreistagssitzung am 06. April 2006

Tagesordnungspunkt 3:

Haushaltssatzung für das Haushaltsjahr 2006 und Investitionsprogramm für die Haushaltsjahre 2005 bis 2009

Beratungsfolge	Sitzungstermin
Kreistag	21. Februar 2006
Finanzausschuss	22. März 2006
Kreisausschuss	30. März 2006
Kreistag	06. April 2006

Die Entwürfe der Haushaltssatzung und des Investitionsprogrammes wurden am 21.02.2006 in den Kreistag eingebracht und vom Kreistag zur Beratung an den Finanzausschuss verwiesen.

Entsprechend dem Vorschlag des Finanzausschusses empfiehlt der Kreisausschuss dem Kreistag mehrheitlich bei einer Gegenstimme und sechs Enthaltungen, der Haushaltssatzung 2006 in der im Entwurf vorliegenden Fassung zuzustimmen. Mit gleichem Abstimmungsergebnis empfiehlt der Kreisausschuss dem Kreistag die Annahme des Investitionsprogrammes für die Haushaltsjahre 2005 bis 2009.

Erläuterungen

zur Tagesordnung der Kreistagssitzung am 6. April 2006

Tagesordnungspunkt 4 :

Antrag der Kreistagsfraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN auf Beschluss einer Resolution zur Rücknahme der Kürzungen von Personalzuschüssen für Frauenhäuser durch die Landesregierung

Beratungsfolge	Sitzungstermin
Kreistag	06. April 2006

Es wird auf den in der Anlage beigefügten Antrag der Kreistagsfraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN vom 17.03.2006 auf Beschluss einer Resolution hingewiesen.

BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN
Kreistagsfraktion
Valkenburger Str. 45
52525 Heinsberg

Tel.: 02452/131730

Fax: 02452/131735

e-mail: Gruene-Fraktion@Kreis-Heinsberg.de
internet: www.Gruene-Heinsberg.de

2006-03-17

Herrn
Landrat Stephan Pusch

im Hause

Fraktionen im Kreistag z. K.

Rücknahme der Kürzungen von Personalzuschüssen für Frauenhäuser
Antrag zur Beratung im Kreistag am 6. 4. 06

Sehr geehrter Herr Pusch,

Der Kreistag möge folgende Resolution an die Landesregierung beschließen:

„Der Kreis Heinsberg fordert die Landesregierung NRW auf, ihre Kürzungsvorschläge im Kapitel 11030, Titelgruppe 61, Unterteil 1 " Zuschüsse zu den Personalkosten an Träger von Zufluchtsstätten für misshandelte Frauen" des Landeshaushaltes für 2006 zu überdenken und zurückzunehmen.

Wir fordern die Landesregierung darüber hinaus auf, auch zukünftig ausreichend Finanzmittel für Frauenhäuser zur Verfügung zu stellen und die Personal-kostenbezuschussung mindestens im derzeitigen Umfang abzusichern.’

Begründung:

Das Land fördert derzeit 63 Zufluchtsstätten für Frauen und Kinder (Frauenhäuser), die von häuslicher Gewalt betroffen sind. Die Frauenhäuser haben bisher Landeszuschüsse in Höhe von 60 bis 80 % der tatsächlichen Personalkosten für vier Personalstellen erhalten.

Frauenhäuser sind unverzichtbarer Bestandteil des Hilfesystems für Opfer von häuslicher Gewalt. Sie bieten von Gewalt betroffenen oder bedrohten Frauen schnell und unbürokratisch Schutz vor ihrem gewalttätigen Partner. Durch Beratung im Wege der Hilfe zur Selbsthilfe stärken sie die Frauen, eine eigenverantwortliche Entscheidung über ihre weitere Lebensgestaltung zu treffen. Die vielfältige Hilfe und Unterstützung richtet sich auch an die Kinder der betroffenen Frauen, die auf Grund der erlittenen Gewalterfahrungen traumatisiert sind. Für fast 5.000 Frauen und ebenso viele Kinder sind die Frauenhäuser in NRW jährlich der einzige Zufluchtsort.

Auch im Kreis Heinsberg ist die Zahl der von häuslicher Gewalt betroffenen Frauen und Kinder hoch, wie erst kürzlich der Presse zu entnehmen war – sogar mit steigender Tendenz.

Die Anforderungen an die Mitarbeiterinnen der Frauenhäuser sind in den vergangenen Jahren stetig gestiegen, auch weil neue Aufgaben hinzukamen. Frauenhäuser bieten nicht nur Schutz und Hilfe. Sie tragen durch ihre Öffentlichkeitsarbeit zur Sensibilisierung der Gesellschaft für die Gewaltproblematik bei. Neben der Vernetzung und Kooperation an Runden Tischen zu häuslicher Gewalt ist derzeit die Begleitung und Umsetzung der Hartz IV-Gesetzgebung sehr zeitintensiv.

Die Landesregierung plant jetzt, die Personalkostenzuschüsse um 30% der Frauenhäuser zu kürzen. Das bedeutet, dass künftig eine Personalstelle wegfällt und dann die wichtige Beratungsarbeit nicht mehr geleistet werden kann. Dabei besteht selbst nach Aussagen des zuständigen Ministeriums fachlich die Notwendigkeit, das Angebot im bisherigen Umfang aufrecht zu erhalten, lediglich das Diktat der Finanzpolitik zwingt zur Streichung in diesem Bereich.

Die Kürzungsabsicht in diesem Bereich volkswirtschaftlich kurzfristig, da die Folgekosten – insbesondere gesundheitliche Folgen der erlebten Gewalt – die geplanten Einsparungen um ein Vielfaches übersteigen werden. Weder die Frauenhäuser selbst noch die Kommunen sind in der Lage, die geplanten Mittelkürzungen aufzufangen.

Mit freundlichen Grüßen

gez. Maria Meurer
Fraktionsvorsitzende

Sofia Tillmanns
Kreistagsabgeordnete
Fraktionsgeschäftsführerin

Bürozeiten:
Mi. 9.00 – 13.00 Uhr
Fr. 9.00 – 13.00 Uhr

Bankverbindung:
Raiffeisenbank eG Heinsberg
BLZ 370 694 12
Konto Nr. 3301043014

Erläuterungen

zur Tagesordnung der Kreistagssitzung am 06. April 2006

Tagesordnungspunkt 5:

Antrag der Kreistagsfraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN betr. Beteiligung des Kreises Heinsberg an der Flughafengesellschaft Mönchengladbach GmbH

Beratungsfolge	Sitzungstermin
Kreistag	06. April 2006

Es wird auf den in der Anlage beigefügten Antrag der Kreistagsfraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN vom 22.03.2006 verwiesen.

BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN
Kreistagsfraktion
Valkenburger Str. 45
52525 Heinsberg

Tel.: 02452/131730

Fax: 02452/131735

e-mail: Gruene-Fraktion@Kreis-Heinsberg.de
internet: www.Gruene-Heinsberg.de

22. März 2006

Herrn Landrat
Stephan Pusch

im Hause

Fraktionen im Kreistag z. K.

Antrag zur Beratung in der Kreistagssitzung am 6. 4. 06
hier: Beteiligung des Kreises an der Flughafengesellschaft

Sehr geehrter Herr Pusch,

der Kreistag hat am 18. 12. 03 mehrheitlich beschlossen, 0,1 % Stammkapital an der Flughafengesellschaft Mönchengladbach GmbH von der NVV zum Preis von 16.975 Euro zu erwerben. Als Argumentation für die Beteiligung wurden im Wesentlichen die zu erwartenden positiven wirtschaftlichen Entwicklungen angeführt. Diese waren kausal mit dem Ausbau des Verkehrslandeplatzes verknüpft.

Durch die Entscheidung des Regionalrates Düsseldorf am 29. 9. 05 , den Gebietsentwicklungsplan nicht zu ändern, ist diese Grundlage weggefallen. Auch im Landesverkehrsministerium gibt es keine Hinweise, dass sich an dieser Entscheidung noch einmal etwas ändern wird.

Daher beantragen wir, dass der Kreistag den Beschluss vom 18. 12. 03 aufhebt.

Mit freundlichen Grüßen

gez. Maria Meurer

Sofia Tillmanns
Fraktionsgeschäftsführerin/
Kreistagsabgeordnete

Bürozeiten:

Mi. 9.00 – 13.00 Uhr

Fr.. 9.00 – 13.00 Uhr

Bankverbindung:

Raiffeisenbank eG Heinsberg

BLZ 370 694 12

Konto Nr. 3301043014

Heinsberg, den 07.03.2006

FDP-Kreistagsfraktion, Valkenburger Str. 45, 52525 Heinsberg

An den
Landrat des Kreises Heinsberg
Herrn Stephan Pusch
Valkenburger Straße 45

52525 Heinsberg

Anfrage gemäß § 12 der Geschäftsordnung für den Kreistag des Kreises Heinsberg

Sehr geehrter Herr Landrat,

aus der überregionalen Presse konnte entnommen werden, dass der Landkreis Rügen auf die dort vermutlich (Stand 21. Feb. 2006) aufgetretene Vogelgrippe in nicht ausreichendem Masse reagiert hat. Seitens des Ministeriums für Landwirtschaft und Forsten des Landes Mecklenburg-Vorpommern wurde festgestellt, bzw. geäußert, dass die zuständige Landrätin in nicht ausreichendem Masse reagiert hat.

1. Gibt es Anzeichen der dort (Landkreis Rügen) aufgetretenen Vogelgrippe auch schon im Kreis Heinsberg oder ist davon auszugehen, dass hier nicht mit einer solchen Gefahr zu rechnen ist?
2. Welche kurzfristigen, mittelfristigen und langfristigen Maßnahmen werden im Kreis Heinsberg ergriffen beim Auftreten von Vogelgrippeverdachtsmomenten.
3. Gibt es einen Tierseuchennotfallplan?
4. Sind die freiwilligen Hilfskräfte (Feuerwehr, Rettungsdienste, THW usw.) und auch BOS (Behörden und Organisation mit Sicherheitsaufgaben) auf einen solchen Fall vorbereitet?

Die Unterzeichner beantragen die Beantwortung der Fragen in der nächsten öffentlichen Kreistagssitzung.

Mit freundlichen Grüßen!

Hilde Hecker
Walter Leo Schreinemacher
Manfred J. Offermanns
Björn Speuser
H. Jürgen Wolter

für die Richtigkeit der Angaben:
Karl-Heinz Speuser
Fraktionsgeschäftsführer